

[H. f. L. v. Wieland],
Der

Zollverein Deutschlands

und

die Krisis,

mit

welcher er bedroht ist.

Zweites Heft.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1 8 6 2.

UB Braunschweig 84



2302-004-1

[M. F. St. v. Vieland],

Der

Zollverein Deutschlands

und

die Krisis,

mit

welcher er bedroht ist.



Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1 8 6 2.



In dem ersten Hefte dieser Schrift haben wir uns bemüht, den unermesslichen Werth, welchen der im Zollverein hergestellte freie Verkehr für seine Angehörigen hat, unsern deutschen Landsleuten in Erinnerung zu bringen und haben vor dem Austritt einzelner Glieder desselben gewarnt. Wir haben ausgesprochen, daß es einer, durch schiefes Urtheil über die Lage mißleiteten Regierung nicht gelingen könne, den Verein zu sprengen und diese Zuversicht darauf gebaut, daß die Regierten, ihren Vortheil besser ermessend, die Hand dazu nicht bieten werden. Bevor wir in der Besprechung der Krisis fortfahren, bleibt uns zu erwähnen, wie wir es verstehen, daß die Regierungen der Hand der Regierten bedürfen würden, um die Herbeiführung einer so traurigen Katastrophe zu bewerkstelligen. Alle Staaten des Zollvereins besitzen Verfassungen, welche die Erhebung der öffentlichen Abgaben, namentlich der Zölle, mindestens in soweit an die Zustimmung der Landes-Abgeordneten knüpfen, daß die bestehenden Abgabesätze (der Tarif) und die Casuistik, welche die Fälle der Zollpflichtigkeit regelt, nicht ohne das Einverständnis zwischen den gesetzgebenden Factoren abgeändert werden können, daß daher von den Regierungen mit andern Staaten abgeschlossene Verträge über die Bestimmungen der Zollsätze und die Fälle ihrer Anwendbarkeit ohne die Zustimmung der Landes-Vertretung nicht zur Ausführung gelangen. — Damit sind die Landes-Versammlungen allerdings im Besiz der Macht — nicht direct die

Erneuerung der Verträge mit den alten Vereinsgenossen zu erzwingen — wohl aber die Ausführung anderer Verträge, zu deren Abschluß die Regierungen sich in ihrer selbstgeschaffenen Verlegenheit bewogen finden dürften, so wie die Erhebung von Abgaben nach neuen Normen zu hindern. Wenn sie von dieser legalen Befugniß den zweckmäßigen Gebrauch machen — zum Voraus offen erklären, daß man ihnen die Zustimmung zu einer andern Ordnung der Zölle, als auf dem Grund des Verbleibens in dem alten Verein nicht abringen werde — so kann ihren Regierungen eben kein anderer legaler Ausweg übrig bleiben, als die Erneuerung der Beziehung zu den alten Vereinsstaaten. Wir wiederholen und möchten es aller Welt in's Ohr rufen, daß der freie Verkehr innerhalb des ganzen Vereinsgebiets von der Nation nicht mehr entbehrt werden kann, daß auf seine Erhaltung in diesem Augenblick der größte Werth zu legen ist und daß alle anderen Fragen, welche uns Deutsche beschäftigen, dagegen in den Hintergrund treten sollten. Zu solchen untergeordneten Fragen gehören auch die Nebenpunkte der Vereinsverträge selbst, auch die an sich so wichtige Organisationsfrage, zu welcher wir uns nunmehr wenden wollen.

Die Grundzüge der bestehenden Organisation lassen sich in folgenden Worten darlegen:

A. Gemeinschaftliche Organe sind

a. die periodischen und außerordentlichen General-Conferenzen, zusammengesetzt aus Commissairen der Vereins-Regierungen, welche an die Instructionen der letzteren gebunden sind und deren Beschlüssen nur dann praktische Folgen gegeben werden, wenn sie einstimmig gefaßt wurden. Zum Ressort der Conferenzen gehört:

1. Die Verhandlung über im Correspondenzwege unerledigt gebliebene Mängel und Beschwerden in Bezug auf die Ausführung des Grundvertrags, der gemeinschaftlichen Gesetze u. — ohne Befugniß zur Entscheidung, welche im Falle unvermittelt gelassener Einigung einem Schiedsgerichte zugewiesen ist;

2. die definitive Abrechnung unter den Vereins-Mitgliedern;
 3. die Berathung der Wünsche und Vorschläge einzelner Mitglieder zur Verbesserung der Verwaltung;
 4. die Verhandlungen über Abänderungen der gemeinschaftlichen Zollgesetze, des Tarifs und der Verwaltungs-Organisation, welche von einem der Vereinsstaaten beantragt werden, überhaupt über die Entwicklung und Ausbildung des gemeinschaftlichen Handels- und Zollsystems;
 - b. ein Central-Büreau zu Vorbereitung der Abrechnungen und Aufstellung statistischer Nachweisungen,
 - c. die Vereins-Bevollmächtigten, von einzelnen Vereins-Regierungen abgeordnet zur Kenntnissnahme und Ueberwachung der Verwaltung bei den oberen Zollverwaltungsstellen anderer Vereinsstaaten, denen diese ihre ganze Verwaltung offen darzulegen haben;
 - d. die Stations-Controleure, ebenso den Hauptämtern beigegeben.
- B. Die Verwaltung selbst ist zwar im ganzen Vereine nach im Wesentlichen übereinstimmenden und vereinbarten Grundsätzen und Einrichtungen geordnet, jedoch den einzelnen Staatsregierungen in ihren Gebieten überlassen.

Eben in dieser Hingebung der Verwaltung gemeinschaftlicher Interessen an die Einzelregierungen und der Begnügung mit einer zwar factisch ausreichenden, jedoch nichts weniger als vollständigen Controle ist das früher erwähnte Vertrauen, welches sich die Vereinsglieder unter einander schenken, ausgeprägt. Es liegt darin ferner die ausgesprochene in großem Umfange zur Geltung gekommene Absicht der Erhaltung vorhandener Local-Einrichtungen und der Schonung alter Gewohnheiten, insoweit sie mit den Grundsätzen und Interessen des Vereins irgend verträglich waren — eine Rücksicht auf die Angehörigen jedes Vereinslandes, welche nicht zu unterschätzen ist und wesentlich dazu beigetragen hat, den Verein in neu aufgenommenen Gebietstheilen schnell populair zu machen, wo die Bevölkerung zuvor nur mit Mißtrauen auf ihn hinsah. Vom Volke sind deshalb Klagen

bezüglich der Organisation wohl niemals gehört worden. Desto mehr hat die Bürokratie und zwar ihr bestwollender Theil den Ring geschmähert, in welchem sich

C. die gesetzgebenden Factoren des Zollvereins drehen. Der Mechanismus besteht darin,

a. daß die Initiative, jeder in der Conferenz vertretenen Regierung zustehend, in wichtigeren Dingen vorzugsweise von Preußen geübt wird. Die Preussische Regierung besitzt bei der größeren Ausdehnung und Mannigfaltigkeit des Staatsgebiets in ihrer Verwaltung die umfassenderen Mittel, um die nicht selten widersprechenden Bedürfnisse des Gewerbes und des Handels und ihre Conflictte zu überschauen, dann das eine Interesse gegen das andere abzuwägen und ihre Anträge für die Conferenzen zweckmäßig vorzubereiten — daher ihr vorwiegender Einfluß, der als solcher im Ganzen nützlich war, seltener fehl griff und wesentliches Uebel nur unverschuldet und nur darin zur Folge hatte, daß er die Eifersucht der Mittelstaaten in einzelnen Fällen zum Mißbrauch ihres liberum veto, zur Verhinderung entschiedener Verbesserungen veranlaßte. Daß eine Gesetzgebung, welche nur durch die Uebereinstimmung der sämtlichen Vereinsregierungen (selbst mehrköpfiger menschlicher Schöpfungen) gehandthabt werden sollte, sich schwer bewegen werde, war vorauszusehen und insofern ein günstiger Umstand, als er häufige Veränderungen, sogenanntes Experimentiren mit den Einrichtungen, besonders mit dem Tarife — der Solidität des Verkehrs selten nützlich — erschwerte; war jedoch ein mächtiger Hemmschuh der fortschreitenden Ausbildung der Institutionen und verhinderte durch die damit verbundene Weitläufigkeit des Geschäftsganges absolut die Nuzung des richtigen Augenblicks, wo es auf diesen ankam.

b. Bei der Gründung des Vereins war die Preussische Regierung noch an keine ständische Zustimmung gebunden und bis zum Jahre 1848 fehlte letztere den anderen Regierungen niemals zur Ausführung der auf den General-Zollconferenzen geschehenen Verabredungen. Aber um die nämliche Zeit, als Preußen

in die Reihe der constitutionellen Staaten eintrat, gaben die Badenschen Kammern das erste Beispiel mit der Ablehnung einer unter den Regierungen vereinbarten Erhöhung der Steuer vom Rübenzucker.

Diese Steuererhöhung war derzeit keine Lebensfrage, aber doch ein nicht unerheblicher Finanzpunkt; der alte Steuersatz war gegenüber den hohen Zöllen auf indischen Zucker nicht mehr zu rechtfertigen und die Ablehnung daher als der Ausbruch eines argen Particularismus aufzunehmen. Man konnte bei der großen Anzahl der Landesversammlungen, welche für jede Veränderung zu gewinnen waren, bevor sie ins Leben gerufen werden durfte, nunmehr fürchten, daß die Gesetzgebung des Vereins bald in Stillstand gerathen werde; namentlich war von den Preussischen Kammern weniger zu erwarten, daß sie die bis dahin von den Landtagen in den Mittel- und kleinen Vereinsstaaten bewiesene Discretion gegen die Beschlüsse der General-Conferenzen auch ihrerseits üben werden.

Die Stagnation trat wirklich ein — es waren neben der Erneuerung der Verträge und der Aufnahme des Steuervereins seit dem Jahre 1848 ungemein wenige Schritte, die die Gesetzgebung vorwärts zu thun vermochte; aber als Ursache machten sich nicht die ablehnenden Beschlüsse der Landesversammlungen bemerklich, sondern die geringe Production der General-Conferenzen an Vorlagen für jene Versammlungen. Die Schwierigkeit der Vereinbarung unter den Regierungen nahm ins Unerträgliche zu — wir standen still, während unsere Nachbarn vorwärts eilten.

Die Französische Regierung entschlüpfte vor zwei Jahren dem Widerstande der Protectionisten gegen die Beseitigung der bestehenden Prohibitivzölle durch eine Lücke in der Verfassung und betrat glücklich den Weg der Verträge mit anderen Staaten, um einen liberalen Tarif zu octroyiren. Sie bot auch uns den Vertrag an: die Vereins-Regierungen waren gern bereit auf die Verhandlung mit Frankreich einzugehen — als sahen sie darin den einzigen offenen Weg, ihrer eigenen Uneinigkeit zu entgehen und zur Reform des Vereins-Tarifs, deren Nothwendigkeit sich Niemand mehr verbergen

konnte, zu gelangen. Der Verein war aber nicht so glücklich, wie der Französische Kaiser, zu finden, was er suchte. Drei Regierungen war die Lust unterwegs vergangen — Bayern und Württemberg traten unter Vorwänden zurück, welche sich mit ihren früheren Erklärungen nicht vereinbaren ließen und Hannover hielt sich dadurch für berechtigt, seine Aeußerung über den Vertrag zurückzuhalten. Erst jetzt ward das Verlangen nach einer anderen Organisation des Zollvereins lauter im ganzen Volke; die Stichworte dafür sind: »ein Vereins-Ministerium; ein Vereins-Parlament!«

Diese Worte haben unseren Staatsmännern wohl in der Stille schon früher zu denken gegeben, aber ein Vorschlag zur Ausführung scheint kaum jemals gemacht, wenigstens nicht zur Deffentlichkeit gelangt zu sein. Der Muth, die schwierige Aufgabe zu Ende zu denken, ist vielleicht nur in den vergeblichen Versuchen der Jahre 1848 bis 1850 untergegangen, welche sich das weitere Ziel der Schaffung eines Reichs-Ministeriums und Reichs-Parlamentes gesetzt hatten.

Wir unserer Seits fühlen keinen Verus, hier für die Reconstitution Deutschlands in anderen Beziehungen als auf den Zollverein in die Schranken zu treten, sehen unser Ziel vielmehr ausschließlich in den unmittelbaren Vereinszwecken. Auch haben wir die Wahrheit erkennen lernen: *le mieux est l'ennemi du bien*, und scheiden, so belehrt, im Folgenden nicht nur alle Dinge aus, die nicht Gegenstand der alten Vereinsverträge waren, sondern werden uns auch bemühen, die Continuität mit diesen festzuhalten, besorgt das Kleinod unter unseren ungeschickten Händen zu zertrümmern, wollten wir es unternehmen, Alles zu bessern, was sich der Reparatur bedürftig zeigt.

Die Abhülfe der oben geschilderten Uebelstände fordern, heißt und zwar im engsten Sinne nicht weniger als:

A. den im Vereine mit einem Stimmrecht bedachten Regierungen ansinnen, daß sie Majoritätsbeschlüsse über gewisse Gegenstände als bindend für alle, auch für die Dissidenten, unter sich anerkennen und

B. den Landes-Versammlungen zumuthen, daß sie sich des Rechts der Zustimmung zur Ausführung dieser Beschlüsse begeben, dasselbe vollständig an eine aus Abgeordneten aller Vereinsländer zusammenge setzte Versammlung abtreten.

Es kommt zunächst in Frage, welche Gegenstände dies sein sollten — wo die Competenz der Alleinbestimmung jeder Regierung mit ihrer Landesvertretung aufhören und die der Majoritäts-Beschlüsse mit der Vereins-Versammlung eintreten müsse? Solche Grenze würde mit der äußersten Genauigkeit zu kartiren und zu versteinen sein, damit die alten Uneinigkeiten, die man durch die Neuernng geschlichtet zu sehen glaubte, sich nicht über ihr ansammeln könnten, wie der Regen zur Traufe.

Unerläßlich müßte die Gesetzgebung über die gemeinschaftlichen Zölle und die Rübenzuckersteuer im weitesten Umfange zur Competenz der Majoritäts-Beschlüsse und der neuen Abgeordneten-Versammlung gehören. Es müßten ferner die Majoritäts-Beschlüsse über die Ausführung dieser Gesetze, die durch sie gut geheißenen Reglements, Instructionen und allgemeinen Verwaltungsnormen gleichmäßig bindende Kraft für alle verwaltenden Regierungen erhalten, und es müßte ihnen die entscheidende Wirkung über alle Zweifel und Differenzen wegen richtiger Anwendung der Gesetze und Reglements ic. zwischen den Verwaltungen verschiedener Staaten beigelegt werden.

Selbstverständlich würden die Vereinbarungen, welche den ausdrücklichen Inhalt des Vereinigungs-Vertrags ausmachen, durch die Majoritäts-Beschlüsse nicht abgeändert werden dürfen.

Aber die Uebereinkunft wegen Besteuerung des Rübenzuckers, sowie alle anderen etwa in Form von Nebenverträgen gefaßten Bestimmungen über die Zölle und die Rübensteuer wären der Abänderung durch Majoritäts-Beschlüsse unter Zustimmung der Vereins-Vertretung zu unterwerfen.

Damit möchte die engste Grenze, welche sich überhaupt ausfindig machen läßt, in den Hauptzügen bezeichnet sein. Indessen

enthält der Hauptvertrag eine Reihe von Bestimmungen, welche, ohne die Zölle direct zu berühren, in sehr nahen Beziehungen zu dem Zollsysteme stehen und Zustände dulden, die der Verbesserung in hohem Grade fähig sind. Letzteres wurde auch bereits bei Gründung des Vereins anerkannt mit der ausgesprochenen Absicht, die Verbesserung anzustreben, ohne daß bisher irgend ein wesentlicher Fortschritt darin geschehen wäre.

Bekanntlich findet eine übereinstimmende Erhebung der innern Steuern und in Folge davon der freie Verkehr

1. mit Bier und Branntwein nur zwischen Preußen, Luxemburg, Sachsen, Thüringen und Braunschweig;

2. mit Wein und Taback zwischen den genannten Staaten, Hannover, Kurhessen und Oldenburg, und

3. mit Branntwein zwischen Hannover und Oldenburg statt.

Außer diesen drei Vereinigungen und einer geringen Zahl kleiner Parzellen, welche den umgebenden größeren Gebieten in dieser Beziehung zugeschlagen wurden, sondern sich bis jetzt noch alle Vereinstaaten durch Uebergangssteuer-Linien, die ihren Territorial-Grenzen in den verschlungensten Windungen folgen, von einander ab und hemmen den gegenseitigen Verkehr

a. hinsichtlich des Biers und Branntweins zwischen den einzelnen Territorien;

b. hinsichtlich des Weins und Tabacks zwischen den mehrermähnten nördlichen und südlichen ungleichen Hälften des ganzen Vereinsgebiets. Die in dem Vertrage in Aussicht gestellte Beförderung weiterer Vereinigungen in diesen Beziehungen hat noch keine Früchte getragen. Es ist auch unseres Wissens nur ein Versuch dazu hinsichtlich des Tabacks gemacht worden, aber auf eine entmuthigende Weise gescheitert. Man wird sich zunächst klar machen müssen, was in dieser Beziehung thunlich sei.

Wir halten dafür, daß Vereinigungen über die inneren Steuern von den vorgenannten Consumtions-Artikeln, wie die zwischen Preußen, Luxemburg, Sachsen, Thüringen und Braunschweig bestehenden, zwischen den sämmtlichen Vereinstaaten

1. was Bier und Branntwein betrifft, so schwer ausführbar seien, um davon lieber a priori zu abstrahiren; daß aber die Staaten von Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen und Frankfurt und von Bayern hinsichtlich seiner linksrheinischen Provinz, sowie von Preußen hinsichtlich der Hohenzollernschen Lande bei allseitigem ernstlichen Eifer für die Sache eine ähnliche Vereinigung unter sich zu Stande zu bringen vermöchten; daß vielleicht sogar der freie Verkehr mit Bier ohne Uebergangs-Abgabe zwischen diesen Gebieten und dem Norden herzustellen sei. Noch leichter wäre unter der gedachten Voraussetzung dieß Verhältniß zwischen Kurhessen, Hannover-Oldenburg und dem übrigen Norden herbeizuführen. Dann theilte sich der ganze Verein nur in drei Gruppen, welche durch Uebergangssteuer-Linien von einander geschieden blieben — Bayern rechts des Rheins, die übrigen südlichen und die sämtlichen nördlichen Staaten — und es wäre für die weitere Ausbildung des freien Verkehrs sehr viel, vielleicht Alles gewonnen, was (die Nivelirung durch den Einheitsstaat ausgeschlossen) den divergirenden Local-Gewohnheiten und Interessen nach als erreichbar angesehen werden kann.

2. Den Verkehr mit Wein betreffend, haben wir das unlässige Drängen nach Aufhebung der Uebergangs-Abgaben bisher für eine unberechtigte Zumuthung des Südens an den Norden angesehen — für ein um so weniger haltbares Ansinnen, als der Süden neben der Uebertreibung des Geldpunktes ins Blaue hinein die lästige Störung des Verkehrs auf dieser einen durch Deutschland gezogenen Linie zum Vorwande seines Geschreies nahm, während er von der Plage seiner Hunderte von Uebergangsstellen für Bier und Branntwein mühsenstill schwieg und nicht einen Finger rührte, um sie zu beseitigen. Die ganze Frage wird aber ihre Bedeutung mit der Annahme des französischen Vertrags verloren haben, — die dabei vorzugsweise theilhaftigen Staaten, Preußen und Sachsen, wenn es ihnen nunmehr kein größeres Opfer kostet, als etwa die Befreiung ihrer Weinbauer von der Productionssteuer, haben sich ja schon bereit erklärt, den Zankapfel ganz fallen zu lassen — nur wür-

den wir immerhin rathen, dem Süden bei dieser Gelegenheit den Balken in seinem Auge zu zeigen und an jene Gefälligkeit den Ausdruck des Wunsches zu knüpfen, daß der Süden sich zu Haus über die Aufhebung der Uebergangsstraßen für Bier und Branntwein in dem obigen Sinne einige.

3. Daß der Tabacksbau in einigen Theilen des Südens für die Volkswirthschaft eine ganz andere Bedeutung hat, als bei uns im Norden und daß darin Schwierigkeiten gegen die gleichmäßige und gemeinschaftliche Besteuerung der Production liegen, sind wir entfernt in Abrede zu stellen; wir behaupten aber, daß diese Schwierigkeiten weit weniger in der Sache — in den factischen Interessen der Bevölkerung liegen, als in der Abneigung gegen das Neue und in dem Mangel des Verständnisses seiner Vorzüge. — Wir sind der Meinung, daß nur der Tabacksbau des Nordens durch die Vorschläge gefährdet wurde, welche die Preussische Regierung der General-Zollconferenz im Jahre 1856 wegen Erhebung einer gemeinschaftlichen Productionssteuer und Erhöhung des Zolls vom Taback machte; daß der Tabacksbau im Süden nur dabei gewinnen konnte, insofern die damit verbundene nicht allzu lästige Unbequemlichkeit, welche die Controle dem Tabacksbauer verursachen würde, übersehen ward.

Alle Welt scheint einig darüber zu sein, daß der Taback ohne Bedrückung der Bevölkerung eine viel höhere Steuerlast zu tragen vermöge, als der Zollverein bisher darauf legte — alle großen Nachbarstaaten liefern den Beweis dafür — und die Consumtions-Verhältnisse in allen Theilen des Gebiets sind bei diesem Artikel ungleich egalere, als bei anderen Gegenständen, die in den einzelnen Vereinsstaaten mit inneren Steuern belegt sind oder als die sogenannten Finanz-Zollartikel, Kaffee, Zucker, Thee, ausländischer Wein u. s. w.; der Taback eignet sich daher besser als alle diese Gegenstände zu einer gemeinschaftlichen Besteuerung für den ganzen Verein — der einzige Weg, auf dem in diesem Falle ein höherer Abgabenertrag erzielt und dafür etwa die Ermäßigung anderer lästiger Abgaben bewirkt oder der Ausfall im gemeinschaftlichen Zollertrage, welchen die Einführung des liberaleren Tarifs im Anfange mit sich

bringen wird, gedeckt werden kann. Wir würden die Behandlung der innern Besteuerung des Tabacks, gleich der Rübenzuckersteuer, als Sache des ganzen Vereins für allgemein nützlich und für einen großen Fortschritt in der Ausbildung und Consolidirung des Vereins halten. Nach den über diese Frage gemachten Erfahrungen wird die Regulirung in den alten Wegen jedoch nicht zu Stande zu bringen sein — noch eher wäre zu hoffen, daß man sich aller Seits dazu verstände, die Sache durch Majoritäts-Beschlüsse unter Zustimmung einer Vereins-Vertretung — wenn man diese einmal für die Zollangelegenheiten eingeführt hätte — ordnen zu lassen.

4. Vor dem Jahre 1854 kannte man in dem Vereine keine andere Art der Erhebung einer Abgabe vom Salze, als im Wege des Debits-Monopols; nur in Hannover besteht eine Salz-Productions-Steuer. Die Salz-Regie der älteren Vereinsstaaten ist im Wesentlichen durchgängig nach gleichen Grundsätzen eingerichtet; nur Bayern zeichnet sich vor den anderen durch eine originelle Combination des freien Salzhandels im Innern mit der Uebung des Monopols aus. Der Preussische Regiepreis steht auf 3 Thlr. 5 Sgr. für den Zollzentner in allen Landestheilen; die übrigen Staaten haben den ihrigen darnach regulirt, völlig oder nahebei auf denselben Betrag gestellt. In Bayern ist der Preis je nach den Entfernungen von den Salinen verschieden, im Durchschnitt aber um ein Minimum höher als in Preußen.

Das Monopol ist daher in allen diesen Staaten eine wichtige Finanzquelle. Der Verkehr zwischen ihnen muß zur Verhütung der Contrebande überwacht werden und die Verhinderung der letzteren gereicht den Verwaltungen kaum zu geringerer Plage als die dadurch unvermeidlich gewordenen Controle-Maßregeln den Einwohnern in der Nähe der Territorial-Grenzen. Die Verwaltung kostet verhältnißmäßig viel, weil die Versendung und behufige Verpackung des Salzes auf Rechnung der Regierungen beschafft werden muß. — Man fragt umsonst, welche Vortheile diese Einrichtung vor einer Productionssteuer habe und welche materiellen Hindernisse der gleichmäßigen Einführung letzterer auf gemeinschaftliche Rechnung entgegenstehen? Es ist absolut keines vorhanden; kein anderer Con-

sumtions-Artikel eignet sich, vermöge der geringen Anzahl der Salinen und des Umfangs selbst der kleineren unter diesen Industrie-Anstalten, so vorzüglich zur Erhebung einer Abgabe in der Form der Productionssteuer; kein anderer vermöge der großen Uebereinstimmung in den Consumtionsverhältnissen so vollkommen zur Theilung unter alle Vereinsstaaten nach der Kopffzahl der Bevölkerung. Zwischen den verschiedenen Arten des Speisesalzes findet ein äußerst geringer, meist nur ein eingebildeter Unterschied im Werthe Statt, und es liegt keine Schwierigkeit vor, die Abgabe unmittelbar von dem fertigen Producte nach der Menge, welche in die Magazine gebracht oder aus denselben verkauft wird, zu erheben — welche Vorzüge für die Anwendung der Productionssteuer auf das Salz gegen die Art und Weise, wie wir uns in anderen Fällen (Rübenzucker, Spiritus, Bier) vergeblich bemühen, Menge und Qualität des Productes nach den zur Darstellung verwandten Rohmaterialien zu bemessen, um jenes gleichmäßig mit der Steuer zu treffen.

Allen diesen Umständen gegenüber, welche die Sache doch so außerordentlich leicht machen müßten, hat noch keine Vereinsregierung die Vereinbarung über eine gemeinschaftliche Salz-Productions-Steuer, über eine so sichere Verbesserung der Finanz-Verwaltung und die Wegräumung eines wahren Alpdrucks vom Verkehre gegen ihre Zollverbündeten zur Sprache gebracht. Diese Erscheinung ist nicht zu erklären, als durch die Entmuthigung, welche sich Aller in Folge ihrer Uneinigkeit bemächtigt hat.

Die Vertauschung des Salz-Monopols gegen eine gemeinschaftliche Salz-Productions-Steuer sollte die erste Aufgabe der neuen Vereinsorgane sein.

5. Endlich ist hier noch der Verabredung zu erwähnen, kraft deren „die Vereinsregierungen gemeinschaftlich dahin wirken wollten, daß durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert und der Befugniß der Unterthanen des einen Staates, in dem andern Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde“. Sie ist — in Vergessenheit gerathen und die in Art. 18 des Vertrages vom 4. April 1853 folgenden Bestimmungen,

mit welchen sogleich bei Gründung des Vereins ein leider nicht fortgesetzter Anfang zu ihrer Ausführung gemacht wurde — diese Bestimmungen haben nicht selten, namentlich von Preussischen Behörden, die engsten Auslegungen erfahren. — An einem Fortschritte hat es seit dreißig Jahren gefehlt.

Diese Sache durch Majoritäts-Beschlüsse fördern zu wollen, würde — wie wir uns die Art der Emanation solcher Beschlüsse als thunlich denken — vergeblich sein; denn sie liegt schon außer dem Bereich der Finanzverwaltung, greift tief in die Politik der Gewerbe-Ordnungen ein und darf von keinem Zöllner berührt werden, ohne eines polizeilichen Schlages auf die Finger aus den Büreaus des Innern oder des Ueberfalls von einem Schwarme aus den Bienenkörben, in welchen die Gilden ihren Honig sammeln, gewärtig zu sein.

Wenn wir oben das Minimum der Competenz der Majoritäts-Beschlüsse bezeichneten, so wären nunmehr vielleicht noch die Productions-Steuern von Taback und Salz in den Kreis aufzunehmen — damit wäre er zu schließen. In den Vereins-Verträgen findet sich ein geeigneter Stoff zur Aufnahme in denselben nicht weiter.

Wir gehen zu der Organisation der neuen gesetzgebenden Factoren für die so begrenzte Competenz über.

A. Am nächsten liegt wohl der Gedanke, die General-Conferenzen von Regierungs-Bevollmächtigten mit der Schöpfung der Majoritäts-Beschlüsse zu betrauen. Dann ist die erste Aufgabe, das Stimmgewicht der einzelnen Vereinsstaaten zu bemessen. Theilnehmer des Vereins sind 30 Staaten, über deren Bevölkerung und ihre Vertheilung auf die 14 Verwaltungsbezirke die Anlage E. eine Nachweisung giebt. Von diesen Staaten sind 12 jeder durch einen Bevollmächtigten, 9 (im Thüringischen Zoll- und Handelsverein) durch einen gemeinschaftlichen Commissair in den Conferenzen vertreten. Die Bevölkerung dieser 21 Staa-

ten (soweit sie nicht Enclaven angehört) beläuft sich auf
32,953,292

Die übrigen 9 Theilnehmer, von welchen 3 nur mit kleineren Parzellen ihres Gebiets beigetreten sind, haben kein Stimmrecht in den Conferenzen erworben, in denen ihre Interessen von Preußen wahrgenommen werden; ihre Bevölkerung ist 589,175

Gesamtbevölkerung 33,542,467

Nach den in Spalte 4 der Anlage enthaltenen Bevölkerungsziffern würde sich das Stimmgewicht der 13 Vertreter in den Conferenzen abgerundet ergeben wie folgt:

für Preußen	70	Stimmen
„ Bayern	18	„
„ Sachsen	8	„
„ Hannover	7	„
„ Württemberg	7	„
„ Baden	5	„
„ Kurhessen	3	„
„ Großherzogthum Hessen .	3	„
„ Thüringen	4	„
„ Braunschweig	1	„
„ Oldenburg	1	„
„ Nassau	2	„
„ Frankfurt	1	„

130 Stimmen.

Da Preußen hiernach 10 Stimmen mehr als alle übrigen Theilnehmer zusammen zu führen hätte, so könnte bei dieser Abmessung des Stimmengewichts von Majoritäts-Beschlüssen keine Rede mehr sein — Preußen entschiede allein und jedem der zwölf anderen Commissaire bliebe factisch nur noch eine beratende Stimme übrig. Wollte man Majoritäts-Beschlüsse, so wäre mithin Preußen der Verzicht auf mindestens 10 Stimmen anzufinnen — vermöchte es darauf einzugehen? gegen die bisherigen Zustände verglichen ohne

Zweifel, ja! Denn mit der Hälfte aller Stimmen stände ihm in allen Fragen das unbedingte Veto zu und wenn es nur noch eine der anderen Stimmen für sein Votum gewönne, so wäre es in der Majorität — bisher hatte es das Veto gleichfalls, aber um sein Votum anderweit zur Geltung zu bringen, mußte es alle anderen Stimmen dafür gewinnen. Anders stellte sich die Sache für die übrigen Theilnehmer — es verbliebe jedem von ihnen das Veto nur, wenn er entweder mit Preußen oder mit allen anderen Botanten einverstanden wäre; dafür käme er aber in die günstigere Lage, sein eigenes Votum mit der alleinigen Zustimmung Preußens durchzusetzen, wozu er bisher den Consens aller anderen bedurfte.

Wir meinen, daß es keinen Ausweg, dem Polnischen Reichstage zu entkommen, gebe, welcher den Zollverbündeten Preußens ihre Rechte vollständiger wahren könnte, und gestehen, daß wir ein sachliches Motiv, diesen zu verwerfen, nicht für sie aufzufinden vermögen. Die Gefahr, daß Preußen die Stimme eines Vereins-Staates zu einem Beschlusse gewinne, welcher einer dritten Vereins-Regierung nicht gefällt, ist — innerhalb der vorbezeichneten Competenz — für diesen ungleich geringer, als die Fortdauer der eingetretenen Impotenz des Vereins zur Ausbildung seiner Institutionen nach dem Bedürfnisse der Zeit. Wir erinnern hier nochmals daran, daß die vorgeschlagene Competenz der Majoritäten sich nicht auf die Abänderung des Vereinigungs-Vertrages, auch nicht auf den Abschluß neuer Verträge erstreckt, daß die Abänderung eines einzelnen Tariffalles, welche bisher eine heikle Arbeit gewesen sein soll, nach Annahme des Vertrages vom 2. August mit seinem Tarif keine so wichtige Sache mehr sein, zu einem so giftigen Zankapfel nicht mehr werden könne und daß die Competenz zur Regulirung einer gemeinschaftlichen Productions-Steuer vom Taback und vom Salze nur in zweiter Linie und nur unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß wer die Competenz zugestehet, sich auch zur Einführung der Productions-Steuern im Allgemeinen entschlossen habe, in den Vorschlag aufgenommen ward.

Nachdem die General-Conferenz in dieser Weise zu thatkräftigerer

Handlung befähigt wäre, läge es nahe, ihr auch neben der Ausarbeitung der Vereinsgesetze, Reglements u. s. w. die Ueberwachung über deren Ausführung durch die Landes-Verwaltungen zu übertragen; ihr die Vereins-Bevollmächtigten und Stations-Controleure als ihre Hülfsorgane zuzuweisen und sie so zu einer permanenten Centralbehörde des Vereins umzugestalten — zu nahe, um dieser Seite der Sache hier gar keine Erwähnung zu thun.

Die Einführung der Majoritäts-Beschlüsse würde diese Erweiterung der Wirksamkeit der Conferenzen indessen nicht zur nothwendigen Folge haben; zum Bedürfnis möchte eine solche Erweiterung erst durch den Umstand werden, daß sich außer der General-Conferenz wohl kein paßliches Regierungs-Commissariat für die Verhandlungen mit der Versammlung der Vereins-Abgeordneten aufstellen ließe. Für ein solches Commissariat wäre die fortlaufende Vertrautheit mit der Verwaltung in allen Vereinsländern und die Befugniß, auf dem kürzesten Wege officiële Nachrichten darüber einzuziehen, unbedingtes Bedürfnis, für welches die vorauszusetzende Bekanntschaft der einzelnen Commissaire mit ihrer heimischen Verwaltung nicht ausreichen könnte, sondern wozu auch eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Collegium und den Zolldirectionen, besonders aber den Vereins-Bevollmächtigten kommen müßte.

Wir haben uns oben die Continuität mit dem bestehenden Vereinigungs-Vertrage zur Aufgabe gemacht und mit dieser halten wir den Vorschlag, ein Vereins-Ministerium zu construiren, für unvereinbar. Es würde dies nur ein Preussisches Ministerium sein können und ein solches würden die Zollverbündeten Preussens consequenter Weise nur acceptiren, wenn es sich auch anderweit von Errichtung einer Centralgewalt handelte.

Unser Augapfel ist hier der Zollverein, wir wollen ihn nicht mit Vorschlägen gefährden, denen kein Einverständnis, wohl aber der allgemeine Widerspruch von Seiten der Einzelregierungen zu prophezeien ist; wir wollen den Versuch machen, zu zeigen, daß die gewünschten und dringend nothwendigen Verbesserungen in diesem Bereich mit gutem Willen auch möglich gemacht werden können,

ohne die Souverainetäts-Rechte der einzelnen Staaten im Geringsten zu schmälern.

In der General-Zollconferenz würde selbstverständlich dem Preussischen Commissair das Präsidium künftig ex lege zufallen müssen. Damit würde ihm auch die Leitung des Commissariats in der Abgeordneten-Versammlung gebühren und die Wahl seiner Commissaire für die Debatte unter den Regierungs-Bevollmächtigten, welche über die Vorlage im Einverständnisse mit ihm wären. — Wer darüber in der Conferenz in der Minderheit geblieben, könnte die Wahl ablehnen und behielte freie Hand, falls er zugleich Abgeordneter wäre, in der Versammlung zu opponiren.

Auf die Weise wäre einer Seits die unerlässliche Uebereinstimmung zwischen dem Personal des in der Versammlung zum Sprechen berufenen Commissariats gesichert, anderer Seits jeder Vereins-Regierung vorbehalten, ihre von den Beschlüssen der Conferenz abweichende Ansicht in der Versammlung zur Sprache und Geltung zu bringen — die Majorität der Vereins-Abgeordneten für ihr Votum zu gewinnen.

Dem Preussischen Bevollmächtigten die Leitung des Commissariats allein anzuvertrauen, an sich unvermeidlich, würde eben damit quadriren, daß er sich über die zu verhandelnde Sache niemals in der Minorität unter seinen Collegen befinden könnte.

B. Was dann die Zusammensetzung der Vereins-Versammlung angeht, so würde es sich empfehlen, dieselbe nicht aus einer zu großen Anzahl von Abgeordneten zu componiren, um die Aufstellung eines Apparates, der außer Verhältniß zu der eingeschränkten Competenz und der entsprechend geringen Anzahl der zur Verhandlung kommenden Gegenstände bliebe, zu vermeiden. Anderer Seits würde die Versammlung der Deputirten von der Bevölkerung des ganzen Vereins, welche über seine wichtigsten finanziellen und volkswirtschaftlichen Interessen Beschlüsse zu fassen hätte, nicht schicklich unter die Zahl von drittehalb Hunderten zu bestimmen sein, auch würde billiger Weise den Theilnehmern, welche in der Conferenz nicht direct

vertreten sind, die Bescheidung der Versammlung mit je einem Abgeordneten zu gewähren sein, wenn ihre Bevölkerung auch hinter der Zahl zurückbliebe, welche sonst zur Aufstellung eines Vertreters berechtigen sollte. Nur die unbedeutenden Gebietstheile, mit welchen Mecklenburg-Schwerin und Bremen dem Vereine beigetreten sind, würden die Zulassung eines Abgeordneten nicht motiviren. Es wäre mit Ausnahme der oben erwähnten kleineren Staaten etwa auf volle 130,000 Einwohner ein Abgeordneter zu rechnen.

Dann schickte:

Preußen	136
Bayern	35
Sachsen	16
Hannover	14
Württemberg	13
Baden	10
Kurhessen	5
Großherzogthum Hessen . .	6
Sachsen-Weimar	2
" =Meiningen	1
" =Altenburg	1
" =Koburg-Gotha	1
Schwarzburg-Sondershausen .	1
" =Rudolstadt	1
Reuß ältere Linie	1
" jüngere "	1
Braunschweig	2
Oldenburg	2
Nassau	3
Frankfurt	1
Luremburg	1
Anhalt-Bernburg	1
Lippe	1

Transport. . 255

Anhalt-Deßau-Röthen	1
Hessen-Homburg	1
Baldeck-Pyrmont	1
Schaumburg-Lippe	1

 259

Der Wahlmodus, — wir gestehen, daß wir keinen andern Vorschlag haben, als den, die Kammern jedes Vereinsstaates wählen zu lassen. Unserm Gesamtplane entspricht es allein, die Abgeordneten zu der Vereins-Versammlung lediglich als Delegirte der Landes-Versammlungen anzusehen. Der Umfang der von der Vereins-Versammlung zu beschaffenden Geschäfte würde doch zu gering sein, um deshalb die Bevölkerung mit neuen Urwahlen zu belästigen (es giebt dazu ja so anderweite Veranlassung im Ueberfluß) und was die personelle Befähigung zur Vertretung der Verkehrs-Interessen eines Landes betrifft, so wird seine Abgeordneten-Versammlung die geeigneten Specialkräfte auszufinden doch ohne Zweifel am Besten im Stande sein.

Die Wahlen wären indessen nicht nothwendig auf Mitglieder der wählenden Landes-Versammlungen, auch nicht auf Einwohner ihres Landes zu beschränken, würden vielmehr nur an das Einwohnerrecht im Vereinsgebiete gebunden werden müssen, damit keinem, namentlich nicht den kleinsten unter den Vereins-Staaten die Wahl von Personen verboten bliebe, welche mit den Specialtäten ihrer Aufgabe vertraut wären.

Die periodische Dauer des Mandats würde jeder Staat in Uebereinstimmung mit seinen Particularbestimmungen zu regeln haben, jedoch mit der Modification, daß jeder Vereins-Abgeordnete auch im Falle der Expiration des Mandats seiner Wähler durch Ablauf der Zeit oder durch Auflösung der Landes-Versammlung im Amte bliebe, bis sich sein Nachfolger als solcher präsentirt und legitimirt hätte, da die Vereins-Versammlung davor gesichert sein müßte, ihre Vollständigkeit durch ihren Aufgaben fremde Ereignisse in den Einzelstaaten zu verlieren.

Die Ergänzung der Vereins-Versammlung würde somit immer nur im Einzelnen erfolgen. Deren Auflösung und folgenweise Neuwahl würde nur durch einstimmigen Beschluß der Regierungs-Bevollmächtigten in der Conferenz verfügbar sein; deren Vertagung oder der Schluß eines Vereins-Tages bliebe den Majoritäts-Beschlüssen anheim gestellt.

Die Verkündigung der Vereinsgesetze in den einzelnen Staaten würde durch ihre Landes-Regierungen geschehen müssen; diese wären jedoch gegenseitig verbunden, die Verkündigung rechtzeitig vorzunehmen, sobald das Gesetz durch die übereinstimmenden Majoritäts-Beschlüsse der General-Conferenz und der Vereins-Abgeordneten-Versammlung vereinbart wäre.

Hiermit schließt unser Vorschlag zu einer Reorganisation des Zollvereins; der geehrte Leser möge sein Urtheil darüber fällen. Wir selbst glauben darin nichts weniger als etwas Untadelhaftes, glauben aber etwas Ausführbares anzubieten. Zwei Eigenschaften, welche den Vorschlag in unseren Augen charakterisiren, Einfachheit und gleichmäßige Wahrung aller Interessen, wollen wir versuchen in ein helleres Licht zu stellen.

Preußen brachte die Einführung von Majoritäts-Beschlüssen im Jahre 1853 mit der Anfrage zur Sprache, ob seine Zollverbündeten geneigt seien, solche »bei Auslegung der Gesetze und bei dem Erlaß oder der Abänderung reglementarischer Abänderungen« entscheiden zu lassen? Auch in dieser engsten Umgrenzung fand die Sache damals keinen Anklang, konnte ihn auch schon darum nicht wohl finden, weil es an einer Andeutung der Ansicht über die Vertheilung der Stimmen und weiterer Ausführlichkeit fehlte. Seit jener Zeit ist die Erfahrung der andauernden Stagnation in der Gesetzgebung gemacht und die Besorgniß, daß dem Mangel an Einverständnis zwischen den Regierungen die Divergenz der Kammern der verschiedenen Vereins-Staaten in ihren Ansichten über die Zollfragen thatsächlich hinzutreten könne, bedrohlicher geworden — die energische Aussprache des Preussischen Abgeordne-

ten-Hauses läßt darüber keine Täuschung mehr zu — und es kann von so zögernden Schritten, wie jene Anfrage andeutete, jetzt keine Rede mehr sein. Soll Etwas geschehen, so darf es nichts Geringeres sein, als die Aufstellung zweier, anstatt etwa vierzig gesetzgebender Factoren für die Vereins-Sachen im engsten Sinne. Darüber geht der Vorschlag nicht hinaus, indem er anderer Seits die bestehende Verwaltung unangetastet läßt, an dem Vereins-Organen für die Ausarbeitung der Gesetze und an der Abhängigkeit seiner einzelnen Mitglieder von den Instructionen ihrer Minister nichts ändert; nur die Entscheidung durch Minoritäten aufhebt und in analoger Weise das liberum veto jeder einzelnen Landes-Versammlung gegen die Majoritäts-Beschlüsse einer Delegirten-Versammlung vertauscht. — Mit geringerer Complication ist dem vorliegenden Bedürfnisse gewiß nicht zu begegnen.

Den zweiten Punkt betreffend, kann ja von wahren Interessen einer Regierung im Gegensatz zu denen der Gesamt-Bevölkerung ihres Landes überall nicht die Rede sein; es kann aber hier zwischen der Wahrung des Einflusses einer Regierung auf die Vereins-Einrichtungen und der Wahrung des volkswirthschaftlichen Ruhens, welcher sich an diese Einrichtungen knüpft, unterschieden werden und es findet ein Gegensatz zwischen den Wirkungen eines Tarif-Satzes auf das Staats-Einkommen, den Staats-Haushalt und auf den Haushalt der Einwohner statt, dem sich dann nicht selten der Widerspruch zwischen den Interessen zweier Gruppen — der Gewerbetreibenden, welche hohe Preise für ihre Erzeugnisse zu gewinnen wünschen, und der Consumenten, welche ihre Bedürfnisse wohlfeil zu kaufen verlangen — anschließt. Von diesen beiden Gruppen, welche zusammen die ganze Bevölkerung des Staats ausmachen, befindet sich die eine, die der Gewerbetreibenden, hinsichtlich jedes einzelnen Tarif-Satzes in der Minorität — es sind allein die Schuhmacher, welche an hohen oder Prohibitiv-Zöllen auf Schuhe Geschmack finden. Aber wenn man die Gesamtheit der Sätze, den ganzen Tarif in Frage zieht, so dreht sich die Stellung der Parteien um; die Consumenten, insofern sie

an der Blüthe gar keiner productiven Beschäftigung theilhaft sind, stehen in einer noch winzigeren Minorität, als in jenem Falle die Schuster — alle Andern werden bei näherer Untersuchung finden, daß die Höhe des einen und andern Tarif-Satzes ihrer speciellen Beschäftigung förderlich sei und daß, um sich diese Unterstützung zu erhalten, nichts übrig bleibt, als ein Compromiß mit den Consumenten ihrer, welche zugleich Producenten anderer Producte sind, über die Höhe der Zollsätze auf beiderlei Erzeugnisse einzugehen, die widersprechenden Interessen ihres eigenen Gewerbes und ihrer eigenen Consumtion gegen einander abzuwägen. Die Waage, auf welcher solcher Conflict zwischen den Nützlichkeiten und der Ungunst der Tariffsätze für jeden Einzelnen auszugleichen wäre, ist ein feines Instrument; die Kunst, es richtig zu handhaben, deren Uebung den Factoren der Gesetzgebung obliegt, ist noch in keinem Lande ausgelernt und bei uns factisch (auch seitdem alle Vereinststaaten constitutionelle Einrichtungen erhielten) ausschließlich von dem einen Factor, den Regierungen, geübt; der andere Factor hat sich beschieden, daß er zersplittert in eine große Anzahl durch Ort und Zeit getrennter Corporationen, denen der Gebrauch des einzigen menschlichen Verständigungsweges, der Rücksprache untereinander abgeschnitten war — durch unregelmäßiges Ziehen nach verschiedenen Richtungen nicht zum Gebrauch des Apparats gelangen könne, sondern ihn nur umzustürzen vermöge. Die passenden Gewichte zu solcher Waage sind aber ursprünglich nicht in den Händen der Regierungen, sondern in denen des Volkes, welches sie sich (jeder Betheilte aus ihm) selbst anfertigt und seiner Regierung in einem rohen, ungestalteten Zustande nicht nur anbietet, sondern auch in diesem Zustande, als sein Evangelium, zu ihrem Gebrauch aufzudrängen unternimmt. Die Normalen, nach welchen die Berichtigung unmittelbar vorgenommen werden sollte, sind nirgend vorhanden und der Regierung bleibt nichts übrig, als sie sich mit Hilfe der von anderer Seite aus dem Volke dargebotenen gleich unvollkommenen und unrichtigen Gegengewichte selbst zu construiren. Zur Prüfung der Richtigkeit dieser mühevollen und unsichern Arbeit

bleibt ihr wieder keine andere Controle zur Hand, als das parteiliche, selbstfüchtige Urtheil der Betheiligten aus dem Volke.

Die Bearbeitung des Tarifs bedarf neben großem Fleiß zur Sammlung der Nachrichten über die widerstreitenden Wünsche und Bedürfnisse eines großen Aufwandes von Scharfsinn zur Prüfung dieser Nachrichten, zur Abwägung dieser Wünsche und Bedürfnisse, nach der »größten Wohlfahrt der größten Menge« und zur Ausgleichung der Rücksichten auf das Staatseinkommen, auf die Consumenten, auf die Industriellen aller Art und oft insbesondere auf die verschiedenen Classen der letzteren in der Beziehung, daß das Product des einen nur Rohmaterial für den Industriezweig des andern ist — der Hohlfner verlangt die höchste Besteuerung alles Eisens; der Puddler ist darin bis auf einen Punkt einverstanden: das Roheisen; der Schmidt bis auf zwei Punkte: Roh- und Stabeisen; der Ackermann, allirt mit dem gesammten Auslande gegen alle jene Landsleute, verlangt die möglichst geringe Besteuerung jedes Eisengeräthes und Werkzeugs und nähme lieber noch eine Prämie für deren Bezug über den Canal aus dem gemeinen Zoll-ertrage in Anspruch. Allen und Jedem nur annähernd die gebührende Rechnung zu tragen ist der Regierung unmöglich; was sie am vollständigsten übersieht und so zu sagen persönlich zu vertreten hat, ist das Finanz-Interesse; die übrigen Special-Interessen zu wahren, überließe sie, unter Vorbehalt der Ueberwachung, am Richtigsten der Einigung unter den Betheiligten; diese ist aber nirgend anders gedenkbar, als durch das Organ der Volksvertretung, und bei uns, vermöge der vorerwähnten Lähmung der Landes-Versammlungen in Zollangelegenheiten, zur Zeit noch unbekannt.

Die Volksvertretung dazu zu befähigen, giebt es keinen andern Weg als den vorgeschlagenen ihrer Vereinigung in einer Vereinsversammlung. An den nöthigen Capacitäten fehlt es in unseren Landes-Versammlungen dazu nicht, wohl aber bisher an der Gelegenheit, sich als solche zu zeigen und auszubilden, wozu die weniger geordneten Debatten der volkswirtschaftlichen und Handelstage nicht gehören; weil die dem täglichen Geschäfte dazu abgerun-

gene Zeit nicht einmal ausreicht, eines der vielen auf den Tisch geschneiten Projecte zu Ende zu denken, und weil der Zweck der Debatte dort doch noch mehr, als in den Kammern, Agitation für eine vorgefasste Meinung, anstatt der Gewinnung eigener Ueberzeugung, ist.

Wenn wir oben von der Nothwendigkeit eines Compromisses zwischen den widerstreitenden Interessen sprachen, so war es nicht die Meinung, daß ein solcher durch die Verhandlung zwischen den unmittelbar theilhabenden Personen über die Höhe einzelner Tarifsätze zu erreichen sei — nicht daß der Eisenproducent mit dem Ackermann markten und letzterem schließlich gewisse Zollerträge auf Butter, Käse, Fleisch, Spiritus, Vieh u. s. w. unter der Bedingung zugestehen solle, daß der Ackermann gewisse Zollbeträge auf Eisen unangetastet lasse — sondern wir wollten der ganzen Bevölkerung ansinnen, wegen vernünftiger Ausgleichung ihrer speciellen Interessen unter einander und dieser mit dem allgemeinen Finanzinteresse auf ihre Abgeordneten in der Vereins-Versammlung, auf deren Majoritäts-Beschlüsse für den Fall zu compromittiren, daß letztere mit den Majoritäts-Beschlüssen der Regierungen in Uebereinstimmung wären.

Was für eine Gefahr würde der Einzelne hierbei laufen, die ihn bisher nicht bedroht hätte? wir können keine sehen. Er stünde ja den gesetzgebenden Factoren des Vereins dann genau so gegenüber, wie bisher denen seines Vereinsstaates; sein Land wäre dort in dem nämlichen Verhältnisse vertreten, wie sein Wohnort in der Landes-Versammlung; die Voraussetzung, daß sich dort weniger guter Wille, Ernst und Kenntniß vereinigen, wäre ohne allen Boden — was die Kenntnisse betrifft, im Durchschnitt unbedingt das Gegentheil anzunehmen. Aber, wird man uns einwenden, was wird aus den abweichenden Interessen jedes Landes werden? wir Hannoveraner, wir Süddeutschen werden mit unseren Interessen, die bisher nur in Versammlungen unserer engern Landsleute verhandelt wurden, in der weitem Versammlung übersehen werden, wir werden stets gegen die Preußen in der Minorität bleiben. Antwort: wo stecken die

abweichenden Interessen jedes Landes, welche gefährdet sein könnten? — Nachdem die Uebergangs-Abgabe vom Wein aufgehoben und die Taback-Steuer im ganzen Vereine eingeführt sein wird, wird man abweichende Interessen eines Vereins-Landes gegen die Preussische Monarchie mit der Brille zu suchen haben. Preußen ist groß genug, um alle und jede Special-Interessen, welche ein anderes Vereinsland der Beobachtung darbietet, gleichfalls aufzuweisen. — Welches Zoll-Interesse trennte denn den Bayerischen Landbauer von dem Ostpreussischen; den Weinbauer an der Mosel von dem am Main und an der Elbe; den Eisenwerks-Besitzer in Westphalen von dem in der Pfalz, in Sachsen, in Hannover; den Eichorienfabrikanten Magdeburgs und Braunschweigs; den Kaufmann Leipzigs, Frankfurts, Kölns; den Rheber Harburgs und Stettins; den Spinner in Chemnitz, Elberfeld, Augsburg, Esslingen? Oder könnte jemand meinen, der Hohofen-Besitzer Rheinland-Westphalens sei so schwarzweiß geboren, daß er mit dem Pommerschen Gutsbesitzer und Landrath gegen die Eisen-Industriellen Sachsens, Bayerns, Württembergs und Hannovers für die Abolition des Eingangszolls auf Roheisen stimmen werde!

Materielle, wahre, wäg- und tastbare Interessen sind es nicht, die die Länder des Vereins einander entgegen zu setzen haben; nur um das imponderable Geschlecht der Meinungen brannte ein fruchtloser Kampf zwischen den Protectionisten des Südens und den Freihändlern des Nordens, der mit der Unterzeichnung des Vertrages vom 2. August und der Annahme des ihm angehängten Tarifs sein Ziel verloren haben wird und unausbleiblich einschlafen muß. Wenn der Statue Eifs sein Geist wieder eingehaucht werden könnte, er würde, das neue Zeitalter erkennend, den Platz auf dem Piedestal in Reutlingen nicht eher einnehmen, als bis er den zu rechter Zeit von ihm angefachten Streit zu rechter Zeit geschlichtet hätte.

So viel von den volkswirtschaftlichen Interessen. Die finanziellen werden ohne Zweifel per majora in den General-Conferenzen mit gleicher Sorgfalt gewahrt werden, als durch das liberum

veto, und die Prätension, daß nur das ihrige den ganzen Verein vor Fehlgriffen in dieser Beziehung schützen könne, wird doch keiner der Regierungen, welche es opfern sollen, beizuwohnen.

Es bleibt das Interesse des Einflusses zu besprechen.

Nun von einem vorwiegenden Einflusse eines Staates, außer Preußen, auf den Gang der Dinge im Zollverein konnte bisher gar keine Rede sein; daß die Mittel- und kleinen Staaten Etwas einzubüßen hätten, muß daher überhaupt in Abrede gestellt werden. Preußens Einfluß auf die Anderen war aber auch nicht stärker, als seine umfassenderen Mittel zur Vorbereitung seiner Anträge bedingten. Es ist kein Fall bekannt geworden, wo Preußen nur den kleinsten Staat durch seine Größe und Macht geschreckt oder bewogen hätte, gegen das eigne Interesse mit ihm zu stimmen. In der Forderung der Einstimmigkeit lag es eben, daß keiner der Vereinsstaaten einen für ihn werthvollen und des Wunsches würdigen Einfluß auf die übrigen üben konnte — die Commissaire kamen mit ihren Instructionen in der Tasche und mußten somit ihre Ohren den besten Gründen verschließen, wenn diese nicht zu den zuvor festgestellten Ansichten ihres Ministers paßten. Künftig würde, um eine Absicht durchzusetzen, der Einfluß mehr noch auf die Vereins-Versammlung, als auf die Conferenz zu suchen sein und dort würde er ohne Zweifel derjenigen Regierung am reichlichsten zufallen, welche sich durch die fähigsten Commissaire vertreten und ihre Ansicht mit den schlagendsten Gründen vertheidigen ließe. — Alle Regierungen, nicht allein die Preussische, würden an Einfluß gewinnen, vorausgesetzt, daß sie die richtigen Mittel zu dessen Erwerbung anwendeten.

Man wird uns schwerlich vorwerfen, daß wir die Reorganisation als etwas Unerhebliches behandelt hätten; wir haben aber im Eingange dieses Heftes gesagt, daß die Frage zu den »untergeordneten« gehöre — nämlich untergeordnet der Existenz-Frage und diese Ansicht haben wir ferner zu behaupten. Alle Kräfte sollten aufgeboten werden, den Verein zu erhalten — die Zersplitterung desselben in der Richtung auf die Verbesserung hat ihre großen Bedenken. In dieser Beziehung sei zum Troste wiederholt, daß den Uebel-

ständen, welche der Bedingung der Einstimmigkeit zur Fassung eines wirksamen Beschlusses in den Conferenzen anleben, die eine Spitze durch Erneuerung der Vereinigung nach Annahme des Vertrags vom 2. August abgebrochen sein würde — wären die Verabredungen mit Frankreich über den Tarif einmal zur Ausführung gekommen, so würden die kleinlichen Particular-Interessen und Ansichten über die Abmessung einzelner Tariffsätze, welche bisher der Einigung so oft hindernd entgegenstanden, keinen Stoff mehr finden und von selbst verstummen.

Wir kommen zum Schlusse auf die wichtigste unter den zu wünschenden Reformen, welche unseres Wissens noch nirgend besprochen wurde.

Wer zu der Zeit von 1816 bis 1833 noch zurück zu denken vermag, der wird zugeben, daß mit der Einführung des Grenz-Zollsystems im Jahre 1818 für die Volkszustände und die Finanzlage im Preussischen Staate ein neuer Tag anbrach. Erst diese Maßregel bezeichnete die Wendung der seit dem Jahre 1806 in tiefen Verfall gerathenen Zustände zum Aufschwung. Es folgte bald die Aufnahme einzelner unbedeutender von Preußen enclavirter Landestheile mehrerer Kleinstaaten in die Preussische Zolllinie; es bedurfte aber eines ganzen Decenniums der Beobachtung, um die Erfolge des Systems vollständig würdigen zu lernen, und der Unterhandlung zwischen den Regierungen, bis der erste Zollvereinigungs-Vertrag mit Preußen zur Ausführung kam, welcher ein ganzes größeres Land, das Großherzogthum Hessen, umfaßte; es bedurfte noch weiterer fünf Jahre der beiderseitigen Bedenken und Verhandlungen zur Grundlegung des jetzigen Vereins mittelst der Verträge von Bayern-Württemberg, Sachsen und dem Thüringischen Zoll- und Handels-Vereine. Inzwischen war das fast vollendete Project eines Mitteldeutschen Handels- und Zollvereins durch den Beitritt Kurhessens zu dem Preußen-Großherzoglich-Hessischen Vertrage gescheitert. Dieser Mitteldeutsche Verein sollte dienen, die Verbindungen zwischen Sachsen und Thüringen durch Kurhessen nach Hannover und der Nordsee offen und zugleich die beiden Haupttheile der

Preussischen Monarchie von einander getrennt zu erhalten — ein Krieg, der mit der Waffe der Verträge geführt wurde und nun mit dem entgegengesetzten Resultate der Isolirung Sachsens und Thüringens beendet war. Das Zollgebiet Preussens und der beiden Hessen durchschnitt ganz Deutschland von Ost nach West und machte die drei vereinigten Staaten zu Gebieten über alle Durchgangsstraßen von Nord nach Süd. Alle südlich von ihm bis an die Oesterreichische Zollmauer belegenen Länder, besonders die gewerbreichen, Sachsen, Thüringen und Franken, waren in eine wahrhaft verzweifelte commercielle Lage versetzt, um so empfindlicher, als sie die wohlthätigen Wirkungen des Systems auf die Preussischen Gewerbe aus nächster Nähe anschauen konnten. Wahrhaftig nicht Sympathie für Preußen, sondern die bittere Noth und der vor ihren Augen liegende durch eine Reihe von Jahren bewährte, einzige Weg, auf dem sie ihr entgehen konnten, vermochte die Regierungen zum Anschluß an das Preussische System. Nun — nicht jene, aber eine zehnfach größere Noth würde jede Regierung über ihr im Zollverein neu aufgeblühtes Land heraufbeschwören, wollte sie dasselbe durch ihren Austritt jetzt wieder ebenso isoliren — die zehnfache Noth, weil die alt gewerbreichen Länder ihre Gewerbs-Anstalten und ihre Production seitdem unter den Fittigen des Vereins verzehnfacht, die derzeit noch mit der Fabrik-Industrie unbekannten dieselbe ihren Zollverbündeten abgelernt, mit großem Aufwand von Fleiß und Capital bei sich eingeführt und mit der Milch des freien Verkehrs großgezogen haben.

Nur eine vereinsausländische feindliche Regierung kann in der Absicht, den Unsegen der Zwietracht unter uns zu säen und die Herrschaft über uns zu ernten, das conservative Band, welches die gemeinschaftliche Deutsche Zollgrenze um uns und unsere Fürsten geschlungen hat, antasten und zerreißen wollen; eine conservative Vereins-Regierung kann ihre Augen den unausbleiblich zertrümmern-den Folgen eines solchen Schrittes nicht verschließen, nicht an die Möglichkeit ihres Austritts jemals im Ernste denken. Wir betonten das Wort »conservativ« zweimal und wollten damit den ent-

schiedensten Gegensatz gegen das Wort »revolutionair« zweimal hervorheben; denn wir vindiciren erstlich den Regierungen vom Jahre 1833 das Verdienst, ihre Nachfolgerinnen im Jahre 1848 zum großen Theile damit vom Untergange gerettet zu haben, daß sie ihre Antipathien überwandten und den Verein schlossen, und wir halten zweitens dafür, daß eine Regierung der Jetztzeit, welche ihren Antipathien das Wohl ihres Landes opferte, das Beiwort »conservativ« nicht verdiente. — Um unsere Ueberzeugung in Betreff des ersten Punktes anschaulich zu machen, fordern wir den geehrten Leser auf, sich ein Bild von den Volkszuständen zu machen, über welche die Revolution von 1848 aus dem Westen hereingebrochen wäre, wenn die allgemeine Erwerbslosigkeit der Zeit vor Errichtung des Zollvereins noch 15 Jahre länger fortgedauert hätte — er wird dann den Schluß gerechtfertigt finden, daß die Aufstände von 1848 einen ganz andern, wilhern Charakter angenommen und aller Wahrscheinlichkeit nach den Thron manches kleineren oder größeren regierenden Hauses zum Umsturz gebracht hätten. — Eine ganz ähnliche conservative Wirkung haben ja die Regulirungen und Ablösungen der bäuerlichen Lasten gehabt und hier ist sie leider durch bestimmte Thatsachen a contrario nachweisbar geblieben; denn es hat kein anderer Grundbesitzer solche Beschädigungen oder persönliche Vertreibung von aufständischen Volkshaufen zu erleiden gehabt, als die Standesherrn in Würtemberg, Westphalen u. s. w., welche, sich mit der Bundesacte in der Hand auf ihre Privilegien stehend, die Anwendung des allgemeinen Gesetzes auf ihre gutherrlichen Rechte zuvor verneint hatten.

Beide Institutionen, die Ablösungen und der Zollverein, dienen nicht allein dem gemeinen Nutzen aller Classen und aller Einzelnen, sondern auch speciell dem wohlverstandenen dynastischen Interesse der regierenden Häuser — wir bitten in diesem Erkenntniß die Allerhöchsten und Höchsten Häupter der letzteren in Unterthänigkeit, doch den Zollverein eben so unwiderruflich zu befestigen, wie die Befreiung der Bauern vom Frohndienst und Zehnten durch deren Ablösung feststeht; wir bitten die Zollvereinigungs-Verträge

bei der bevorstehenden Erneuerung auf immer abzuschließen.

Bei dem ersten Versuche einer solchen Vereinigung ohne Beispiel in der Staatengeschichte aller Länder war es unbedingtes Gebot vernünftiger Vorsicht, sich noch nicht für immer zu binden, bevor eine Erfahrung über die praktische Anwendung der anscheinend künstlichen Maschine erworben war. Auch im Jahre 1841 erschien der Vorbehalt der Kündigung nach 12 Jahren noch gerechtfertigt; einer Seits, weil die günstige Erfahrung von neun Jahren doch zu kurz war, um schon jetzt aus dem Brautstande in die unauflösliche Ehe zu treten, anderer Seits, weil der gleichzeitige Beitritt Braunschweigs unter Umständen stattfand, welche die complicirtesten Verwickelungen mit dem Hannoverschen Nachbarlande herbeiführten und einen Zustand an der neuen Vereins-Grenzstrecke bedingten, der auf die Dauer unhaltbar und nur durch Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein abzustellen war.

Nachdem endlich im Jahre 1853 diese Vereinigung bewerkstelligt worden, blieb auch darüber eine erste praktische Erfahrung zu machen; aber jetzt, nachdem der Verein im Ganzen die Probe der Erfahrungen durch ein Menschenalter bestanden hat, sein Gebiet hinlänglich abgerundet und rings mit haltbaren Grenzen versehen ist, muß der vorsichtigste Zauderer es aufgeben, die unwiderrufliche Bindung zu dem Vereinigungs-Vertrage mit haltbaren Gründen zu beanstanden.

Der Vorbehalt der periodischen Kündigungen würde nur noch den Sinn haben, dem liberum veto in seinen schädlichen Wirkungen die äußerste Spitze abzubrechen durch die Möglichkeit, dessen Mißbrauch an dem einen oder andern Staate nach je 12 Jahren mittelst der dann wieder auslebenden freien Hand entgegenzutreten und denselben sogar mit dem Ausschluß von der Gemeinschaft zu bestrafen, zu welchem, wie man sich gestehen muß, es doch niemals kommen könnte. Auch diesen Sinn würde der Vorbehalt durch Aufhebung des liberum veto verlieren. Von jeder andern Seite bietet die periodische Erneuerung der Verträge nur die größten Nachtheile dar,

nämlich Wiederkehr einer mehr Jahre andauernden Unsicherheit für Handel und Gewerbe über das, was sich aus der Uneinigkeit der Regierungen, die sich erfahrungsmäßig allemal bei dieser Gelegenheit prononcirt und allemal durch außervereinsländische Intriguen geschürt wird, entwickeln könne und werde; eine Aufregung aller Classen und die Nahrung der Unzufriedenheit mit den Regierungen im Volke.

Wir haben es in der vorhergehenden Erörterung über die hier eingreifenden Interessen der einzelnen Vereinsstaaten an der nöthigen Vollständigkeit nicht fehlen lassen, indem wir behaupten, daß die Einmischung von anderen als finanziellen und volkswirthschaftlichen Rücksichten in die Angelegenheiten des Zollvereins hier absolut unberechtigt sei.

Es wäre namentlich ein Irrthum, zu glauben, daß eine Regierung ihr allgemeines Ansehen nach außen durch den Verzicht auf einen Theil ihrer Autonomie in Betreff der Regelung der Zölle und innern Steuern gefährde.

Das größte dauernde Ansehen bei den Landes-Einwohnern gewinnt eine Regierung durch zweckmäßige, milde und consequente Steuerverwaltung und durch gute finanzielle Resultate, aber nicht dadurch, daß sie sich rühmen kann, ihren Willen allen anderen Vereins-Genossen hindernd entgegen stellen zu dürfen — zum Schaffen reichte ihr alleiniger Wille im Verein bisher auch nicht aus und war außerhalb desselben (vor dessen Gründung) dazu vollends unfähig, insofern es eben auf die vorgenannten Grundlagen ihres Ansehens, zweckmäßige Steuerverwaltung und gute Finanzen ankam und diese sich auf keine andere Weise als durch Aufgeben eines Theils der Selbstbestimmung erzielen ließen. Und der Einfluß nach außen — welche der Vereins-Regierungen hätte sich denn eines solchen groß zu rühmen, wenn er nicht im Anlehnen an Preußen, also im Zollverein seine Stütze fände?

Die Angelegenheit der Zölle und Steuern ist darum, weil sie zu einer gemeinschaftlichen zwischen den nächst verschwägerten deut-

schen Staaten gemacht ward, nicht zu einer auswärtigen, sondern erst recht ausschließlich zu einer innern Angelegenheit geworden, weil die Vereinigung einen großen Theil der äußeren Beziehungen mit der Consolidirung der einzelnen Staatsgebiete zu einem einzigen Zollgebiete abgestreift hat. Die äußeren Departements der Staats-Ministerien haben innerhalb der Vertrags-Perioden niemals Veranlassung gehabt, sich damit zu beschäftigen; nur je beim Ablauf einer solchen Periode mußten sie herbeigerufen werden, um eine neue zu begründen und dies gelang nicht, ohne daß die größten Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, eben erst von ihnen selbst geschaffen, der friedlichen Sache, um die es sich handelte, fremd und vom Vereinsauslande eingeschwärzt gewesen wären.

Unsere Vorschläge sollen ein Gewebe herstellen, in dem die starken Fäden des freien Verkehrs und der Staats-Finanzen regelmäßig dauerhaft und dicht gekreuzt erscheinen, ohne Beimischung von dem verworrenen Gespinnst der sogenannten höheren Politik. Sie nahmen zur ausschließlichen Grundlage die bestehenden Vereins-Einrichtungen und wollen sie unbedingt erhalten, insofern dieselben nicht der bessernden Veränderung durch die gesetzgebenden Factoren, welche das in allen Vereins-Staaten gleichfalls bestehende monarchisch-constitutionelle Prinzip ins Leben rief, unterworfen werden können.

In den Deutschen Verfassungen ist keine andere Befugniß der Landes-Vertretungen zur Mitwirkung auf die Landes-Verwaltung so scharf und genau begrenzt, als die auf die indirecten Abgaben — das Bestehende bleibt durchgängig einfach bestehen, wenn die Factoren sich nicht über die Abänderung einigen. Die vorgeschlagene Competenz kann daher niemals Veranlassung dazu werden, daß die Vereins-Versammlung sich derselben überhebe, um einen Einfluß auf die auswärtigen oder irgend welche inneren Angelegenheiten anderer Art — auf Polizei, Cultus, Unterricht, Justiz, Landesvertheidigung — oder auf die Abänderung der Verfassungen zu gewinnen. Ja es würde der Vereins-Versammlung nicht einmal möglich sein,

die Anknüpfung auf solche Angelegenheiten vom Saune zu brechen; denn es stände ihr kein Regierungs-Organ, welches darauf mit Nein oder Ja zu antworten vermöchte, kein Minister, zu dessen Ressort die Sache gehörte, gegenüber und die General-Conferenz, welche in solchem Falle unter allen Umständen nur die Antwort hätte, daß weder sie, noch die Vereins-Versammlung ein Mandat zu der Verhandlung besitze, könnte auch nicht in die Verlegenheit des leisesten Zweifels über ihr Verhalten gerathen.

Aus diesen Gründen haben wir auch unterlassen, bei der Einrichtung der Vereins-Versammlung das Zweikammersystem in Frage zu stellen. Eine erste Kammer, mit irgend welchem Namen, würde hier das fünfte Rad am Wagen sein, man möchte sich ihre Zusammensetzung denken, wie man wollte.

Der Unterschied zwischen dem Stoff, welcher hier und in den Landes-Versammlungen zu verhandeln ist, liegt eben darin, daß es sich hier nicht von einem Budget, nicht von Verwilligung der Staats-Ausgaben, auch nicht von anderen Sachen handeln kann, deren Erledigung durch das Einverständniß der gesetzgebenden Factoren erfolgen muß, wenn nicht irgend ein Rad in der Staatsmaschine völlig gehemmt bleiben soll; daß nur Verbesserungen des Bestehenden in Frage kommen, deren Aufschub oder Unterlassung höchstens ein *lucrum cessans* verursacht.

Welchen heilsamen Druck könnte da der dritte Factor auf die Einigung der beiden anderen oder mit seiner Autorität auf die Gewinnung der öffentlichen Stimmung für die Ansicht, welche sich in dem Majoritäts-Beschlusse der Regierungen ausdrückte, üben?

Wir tragen diese Bemerkung hier am Schlusse der Besprechung des Organisations-Problems nach, weil ihre Bedeutung erst hier ganz übersehen werden kann, und fügen hinzu, daß wir darum nicht beabsichtigten, die Mitwirkung der ersten Kammern in den einzelnen Vereins-Staaten, wo solche vorhanden sind, von den Wahlen zu der Vereins-Versammlung auszuschließen, vielmehr der Meinung sind, es gehöre diese Mitwirkung zu denjenigen

Punkten, welche zu ordnen den Einzelstaaten überlassen bleiben sollte.

Wir haben nunmehr unsere Ansichten über den Werth des Zollvereins, die Nothwendigkeit seiner Erhaltung, die Unthunlichkeit seiner Vereinigung mit der Oesterreichischen Monarchie, die Dringlichkeit und Ausführbarkeit der Reform seiner Organe und die unwiderrufliche Vereinbarung seiner Verträge unter den Vereinsstaaten dargelegt. Ein geehrter Leser hat uns ins Gewissen gerufen, daß wir damit einen Knoten geschürzt, dessen Lösung uns obliege; daß übrig sei, den Weg der Vermittelung zu zeichnen. Wir erkennen die Verpflichtung dazu an, glauben derselben jedoch in der Hauptsache bereits gerecht geworden zu sein. — Die Süddeutsche Zeitung sagt über unser erstes Heft: »Die politischen Erwägungen kommen endlich in dieser Schrift gar nicht einmal zur Sprache; ihr Urtheil wird nicht durch politische Motive, sondern lediglich durch die in der technischen Zollfrage selber liegenden Gründe bestimmt.« In diesen Worten giebt der Referent den rechten Schlüssel zum Verständniß dieser Aufsätze — wir betrachten die ganze Krisis als eine innere Angelegenheit der deutschen Staaten, welche sich zu dem Verein verbündet haben und betrachten deren Lösung als eine rein finanziell-volkswirtschaftliche Aufgabe. Auch der Weg zur Einigung wird nach unserer Ueberzeugung an der Hand dieser leitenden Auffassung gefunden werden, wenn Andere als die Vereins-Regierungen von der Berathung, und andere als rein finanziell-volkswirtschaftliche Interessen von den Motiven absolut ausgeschlossen bleiben.

Wir wollen es versuchen, jenen Weg näher nachzuweisen.

Zunächst bedarf es noch der Erwähnung, wie Oesterreichischer, Bayerischer und Württembergischer Seits behauptet werden konnte, der Zollverein sei durch den Vertrag mit Oesterreich vom 19. Februar 1853 vertragsmäßig behindert, seinen Zolltarif in dem beabsichtigten Umfange zu ändern und den Vertrag vom 2. August dieses Jahres mit Frankreich einzugehen.

Der Vertrag von 1853 wird nicht allen unseren Lesern zur Hand sein, wir glauben ihnen daher einen Dienst zu erweisen, wenn wir die von den Gegnern für jene Behauptung in Bezug genommenen Stellen hier einschalten. In der Einleitung heißt es: Die Contrahenten

»von dem Wunsche geleitet ic. die allgemeine deutsche Zollvereinigung anzubahnen, haben ic.«

»Artikel 3. Die contrahirenden Theile wollen vom 1. Januar 1854 an gegenseitige Verkehrs-Erleichterungen auf Grundlage des freien Eingangs roher Natur-Erzeugnisse und des gegen ermäßigte Zollsätze zu gestattenden Eingangs gewerblicher Erzeugnisse ihrer Länder eintreten lassen.

Demgemäß sind sie schon jetzt übereingekommen, daß von den in der Anlage I. bezeichneten Waaren, bei deren unmittelbarem Uebergange aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen in das Gebiet des anderen Staates, keine, beziehungsweise keine höheren, als die in dieser Anlage bestimmten Eingangs-Abgaben erhoben werden sollen.

Sie werden ferner im Jahre 1854 Commissarien zusammentreten lassen, um sich über weitere, dem obigen Gesichtspunkte entsprechende Verkehrs-Erleichterungen zu einigen.«

»Artikel 4. Wenn während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in dem Gebiete des einen oder des anderen der contrahirenden Staaten Erhöhungen der allgemeinen tarifmäßigen Eingangszölle gegen den gegenwärtig gültigen Tarif eintreten sollten, so bleiben diese auf die in der Anlage I. vereinbarten Verkehrs-Erleichterungen ohne Einfluß.

Wenn aber einer der contrahirenden Theile für eine von den in der Anlage I. genannten Waaren eine Ermäßigung seines gegenwärtigen allgemeinen Zolltarifs, sei es allgemein oder für gewisse Grenzstrecken oder Zollämter, eintreten lassen will, so liegt ihm ob, dem anderen Theile von dieser Ermäßigung min-

destens drei Monate vor deren Eintreten Nachricht zu geben und es bleibt alsdann, vorbehaltlich anderweiter Verständigung, dem anderen Theile freigestellt, diese Waare einem Zwischenzoll, beziehungsweise einer Erhöhung des Zwischenzolles, und zwar in dem einen wie in dem an deren Falle zu einem der jenseitigen Zollermäßigung entsprechenden Betrage, zu unterwerfen. Wer von dieser Befugniß Gebrauch macht, wird die Veränderung vier Wochen vor deren Eintreten veröffentlichen.«

»Artikel 25. Die Dauer dieses Vertrages wird auf zwölf Jahre, also vom 1. Januar 1854 bis zum 31. December 1865, festgestellt.

Es werden im Jahre 1860 Commissarien der contrahirenden Staaten zusammentreten, um über die Zolleinigung zwischen den beiden contrahirenden Theilen und den ihrem Zollverbande alsdann angehörigen Staaten oder, Falls eine solche Einigung noch nicht zu Stande gebracht werden könnte, über weitergehende, als die am 1. Januar 1854 eintretenden und durch die im Artikel 3. erwähnten commissarischen Verhandlungen nachträglich festzustellenden Verkehrs-Erleichterungen und über möglichste Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Zolltarife zu unterhandeln.«

Die Argumentation, womit die Gegner jene Behauptung aus diesen Worten ableiten, wieder zu geben, erlaubt der Raum nicht; wir halten dies aber auch nicht für nöthig, weil eine unbefangene Prüfung der Vertragsstellen Jedem ohnehin die Ueberzeugung geben muß, daß die Behauptung nicht zu rechtfertigen steht. Wen die Neugierde dennoch treibt, die unternommene Beweisführung zu lesen, den verweisen wir auf die Oesterreichischer und Bayerischer Seits mit Preußen gewechselten Noten vom 7. Mai, 21. Juni und 8. August dieses Jahres (u. a. abgedruckt in »die Krisis des Zollvereins«, Beilage zu dem Staats-Archiv, October- und November-Heft).

Die Artikel 3 und 4 enthalten den Kern des Vertrages, eine Erleichterung des unmittelbaren Verkehrs mit Oesterreich durch ermäßigte Differenzialzölle und die nöthigen Verabredungen für den Fall, daß einer der Contrahenten die entsprechenden Sätze seines allgemeinen Zolltarifs (auf deren actuellen Bestande die Calculation der Differenzial-Zollsätze beruhte) abzuändern für gut fände. — Man kann sich hier nicht über den Inhalt der beiden Artikel (gegen die wir nicht das Geringste haben, auch nicht in der Beziehung, daß sie, wie früher erwähnt, Oesterreich vorzugsweise zu Nutzen gekommen sind), sondern nur über die Dreistigkeit wundern, welche dazu gehört, eine Beschränkung des Selbstbestimmungs-Rechts über die Sätze des allgemeinen Tarifs herauslesen zu wollen.

Mit den Worten der Einleitung und des §. 25 steht es etwas anders; sie sind wohl ein pactum de contrahendo genannt worden — wir würden sie lieber ein pactum de deliberando subsequente nennen, denn einen schwächeren Tag hatte das Ministerium Mantouffel wohl kaum, als da es sich dieses Versprechen, über eine Zoll-einigung mit Oesterreich zu unterhandeln, abdringen ließ. Ein solcher Vertragspunkt konnte ja niemals die Vereinigung (hätte man sie sonst gewollt) fördern helfen und niemals zu etwas Anderm die Veranlassung werden, als zu unnützen Recriminationen und Zänkereien — es wäre schwer gewesen, den Nachfolgern im Amte ein unbequemes Vermächtniß zu hinterlassen als Graf Bernstorff hier überkam, und wir müssen anerkennen, daß es ihm gelungen ist, dasselbe mit Geduld und auf die anständigste Weise unschädlich für den Zollverein zu machen.

Die Rechtsfrage, ob die angeführten Worte in der Einleitung und der Artikel 25 des Vertrags den Zollverein verpflichten, den Abschluß von Verträgen mit anderen Ländern und Abänderungen seines allgemeinen Tarifs zu unterlassen, wenn nicht solche Verträge und Abänderungen dazu geeignet sind, Oesterreich die Wege zum Eintritt in den Zollverein zu eb-
nen — diese Frage kann vor dem ernststen Richterstuhl der Vernunft

nicht controvers erscheinen. Ueber ihre factische Entscheidung »fielen die Würfel« am 2. August — einige Tage früher und im entgegengesetzten Sinne, als Graf Rechberg meinte, da er die Note vom 21. August schrieb — und eine Vermittelung darüber zwischen dem Zollverein einer und Oesterreich anderer Seits erscheint jetzt nicht mehr am Platze.

Was Oesterreich eigentlich wollte und mit der verkehrten Auslegung des Vertrags von 1853 zu spät zu erreichen versuchte, ist in der Denkschrift vom 7. Mai dieses Jahres einfach ausgesprochen. Es sind drei Punkte: 1. daß von der Zusicherung der Behandlung auf dem Fuße der begünstigsten Nation an Frankreich, Oesterreich ausgenommen werde; 2. daß der Vertrag mit Frankreich nicht auf längere Dauer als bis zum Schlusse des Jahres 1865 abgeschlossen werde, und 3. daß die Vereinszölle nicht so weit ermäßigt würden, um es zur Erhöhung seiner Zwischenzölle gegen den Verein zu nöthigen.

Wer den Vertrag vom 2. August mit einiger Aufmerksamkeit gelesen und die Circulardepesche des Grafen Bernstorff vom 3. April gewürdigt hat, wird erkennen, daß diese drei Forderungen von Preußen unmöglich erfüllt werden konnten; denn hätte es wirklich die Resignation gehabt, auf den Gedanken der gründlichen und consequenten Reformation des Zoll-Systems zu verzichten und sich eine gedankenlose, schwächliche Ermäßigung einzelner Tariffsätze genügen zu lassen, welche weder Consumenten noch Schutzzöllner befriedigen, noch zur Belebung des Verkehrs wirken konnte; so wäre es doch für das Französische Gouvernement unthunlich gewesen, darauf hin einen Vertrag mit uns abzuschließen — uns (seinen eigenen Protectionisten gegenüber) den Tarif, welchen es England und Belgien gewährt, gegen einen solchen Pappenspiel der Ausfuhr Erleichterung nach Deutschland zuzugestehen. Frankreichs Ziel ist ja gerade das nämliche, wie das unsrige darin, daß es ein und denselben liberalen Tarif gegen alle seine Nachbarn zur Anwendung bringe, alle Differenzialzölle beseitige. Es hat

dazu — weil ihm seine Protectionisten den Weg der Gesetzgebung versperren — keinen anderen als den Weg der Verträge mit seinen Nachbarn und hat ihnen kein anderes Anerbieten zu machen, als den Tarif, welchen es England gewährte und die Behandlung auf dem Fuße der begünstigsten Nation; kann aber dagegen auch keine geringere oder andere Gegenleistung fordern, als die der Gewährung eines im Durchschnitt gleich liberalen Tarifs und die Behandlung auf dem Fuße der begünstigsten Nation. Wenn Oesterreich die Ausnahme von dieser letzten Bedingung verbis nicht allein für sich, sondern zugleich für andere Bundesstaaten außerhalb des Zollvereins und »in Anerkennung der Bundes-Verhältnisse« fordert, so wissen wir ja, daß Mecklenburg, Holstein, die Hansestädte und Liechtenstein keine Differenzialzölle zu ihren Gunsten von uns beanspruchen und wissen warum — können wir erwarten, daß Frankreich sich einreden ließe, die nicht deutsche größte Hälfte der Oesterreichischen Monarchie gehöre zum Deutschen Bunde oder — was Deutsch-Oesterreich betrifft — in seiner Schluß-Bedingung müsse das Wort »Nation« die nämliche Bedeutung haben, wie in den Motiven zu seinen Annexionen? In Handelsverträgen bedeutet das Wort »Nation« nicht mehr und nicht weniger, als die Angehörigen eines Staates oder Staatenbundes, welcher entsprechende Rechte erworben oder Verpflichtungen im Handelsverkehr übernommen hat und Frankreich würde vergeblich darum angegangen werden, daß es uns eine andere Auslegung zu Gunsten Oesterreichs gestattete. Und ein Vertrag mit Frankreich auf nur drei Jahre — abgesehen davon, daß der vorliegende in seinen äußersten Spitzen erst nach Ablauf von drei Jahren zur Wirkung kommen soll — ein Vertrag über gegenseitige Erleichterungen des Verkehrs mittelst Ermäßigung der beiderseitigen Tariffsätze wäre ja nur geeignet, die Handel und Gewerbe treibende Bevölkerung, wenn sie vorsichtig, scheu zu machen, oder wenn sie unbedacht, zu betrügen. Welche Unternehmungen lassen sich denn auf diesem Felde binnen eines so kurzen Zeitraums nützlich machen und wer, wenn er nur ein entfernte Ahnung von den Schwierigkeiten und dem Umfange der Herkules-Arbeiten hat,

die von den Unterhändlern derartiger Vereinbarungen zu bewältigen sind, wird darauf rechnen wollen, daß ihre Erneuerung nach so kurzer Frist gesichert sei? Eben diese Kürze der Dauer wäre ja für den Nachdenkenden Fingerzeig genug, daß die Contrahenten selbst nicht auf einer wohlerrungenen Basis ständen, sondern mit blöden Augen noch nach einer solchen umhertappten.

Die drei Wünsche der Oesterreichischen Regierung sind unerfüllbar; eine Vermittelung darüber zwischen ihr und dem Leiter des Zollvereins auf dem Boden der volkswirthschaftlichen Interessen giebt es nicht. Aber wohl bietet der neue Vereins-Tarif der Bevölkerung Oesterreichs ein reiches Aequivalent für den Vertrag von 1853. Die Ermäßigung des allgemeinen Vereins-Zoll-Tarifs geht in einer langer Reihe von Artikeln, welche der Zwischen-Zoll-Tarif enthält, weit unter die darin gewährten Differenzial-Zollsätze herab und fügt denselben eine andere Reihe von Herabsetzungen und gänzlichen Befreiungen hinzu; alle diese Veränderungen werden dem Verkehr aus Oesterreich nach dem Zollvereine gleichmäßig, wie dem aus Frankreich und allen anderen Ländern zu Nutzen kommen; werden auch für die Bevölkerung Oesterreichs in gleicher Weise wie für die Frankreichs gesichert werden — es leidet keinen Zweifel, daß der Zollverein nach Annahme des Französischen Vertrages gern bereit sein wird, das Pactum der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuß der meistbegünstigten Nation mit Oesterreich über die Dauer des Vertrages von 1853 hinaus zu erneuern. Es ist ferner höchst wahrscheinlich, daß der Zollverein, bei der schließlichen Revision seines allgemeinen Tarifs — welche ja ursprünglich von Preußen in Aussicht genommen und mit der Annahme des Vertrags vom 2. August nichts weniger als vollendet oder abgeschlossen ist — fernere Ermäßigungen vornehmen wird, welche Oesterreich wiederum zu Nutzen kommen werden.

Damit wird Oesterreich materiell mehr gewährt sein, als es forderte und zwar ohne Gegenleistung — wir wüßten wenigstens nicht, worin das »Gegenreichniß« bestehen sollte, auf welches sich

Bayern in der Note vom 7. Juni vorigen Jahres Rechnung machte, als es eine Verständigung mit Oesterreich noch vor dem Abschlusse mit Frankreich empfahl. Wenn Oesterreichs Regierung sich entschließen sollte, seine Säge des Zwischen-Zoll-Tarifs nicht zu erhöhen, mithin seinen allgemeinen Tarif entsprechend zu ermäßigen, so wird sie dazu die Motive in den Interessen Oesterreichischer Finanzen und Oesterreichischer Volkswirthschaft zu finden haben; — das kann das Oesterreichische Volk von ihr fordern und erwarten; es wird uns zugleich sehr willkommen sein, wir werden aber zu jenen Motiven kein anderes hinzuzufügen in der Lage sein und in dieser Lage befanden wir uns auch vor dem 2. August.

Das Ansinnen an einen Dritten, eine vorgehabte Maßregel, welcher er aus vorgefaßten Meinungen abgeneigt ist, seiner Seits thatkräftig zu erleichtern und zu fördern, pflegt wenig Glück zu machen, wenn ihm zum Voraus bekannt ist, wohin die Endabsicht des Antragstellers geht.

Der Uebergang zu einem liberaleren Handelssystem mag Oesterreich große Schwierigkeiten verursachen, doch kaum größere als uns, die wir die Hydra des Beto mit dreizehn Köpfen zu bezwingen haben, und so können wir wohl hoffen, daß es bei dem sonstigen aufrichtigen Bestreben seiner Staatsmänner zur fortschreitenden Verbesserung der Volkszustände in nicht gar langer Zeit auch dahin gelange. Bis jener Uebergang erfolgt, werden wir aber zusehen müssen, daß die Erleichterungen unserer Ausfuhr nach Oesterreich, welche der Vertrag von 1853 bringen sollte, in einigen Artikeln geschmälert werden und werden uns mit dem traurigen Troste behelfen müssen, daß diese Erleichterungen praktisch von sehr geringem Effect waren.

Sobald es gelungen sein wird, die Regierungen von Bayern und Württemberg davon zu überzeugen, daß die Lage des Kampfes zwischen Oesterreich und Preußen wirklich die sei, wie wir sie in Vorstehendem schilderten; wenn damit die Verhandlungen im Zollverein, von allen falsch verstandenen politischen und dynastischen

Rücksichten befreit, sich im Kreise der finanziell-volkswirtschaftlichen Interessen ungehindert bewegen können, so werden sie auch leicht zu dem gewünschten Ziele führen.

Zur Begründung dieser Hoffnung verweisen wir auf die Bayerischen und Württembergischen Erklärungen vom 8. und 11. August dieses Jahres und die Preussischen Antworten vom 26. desselben Monats. Von den materiellen Ausstellungen der ersteren Schriften bleibt nach den Erläuterungen durch die letzteren doch zu wenig übrig, um fürchten zu dürfen, daß die Meinungs-Unterschiede — welche sich schließlich auf eine geringe Anzahl von Procenten der Ermäßigung für einige Zollsätze reduciren — die Ausführung eines so großen, von beiden Theilen im Ganzen gebilligten und lebhaft beförderten Plans noch länger in Frage stellen sollten.

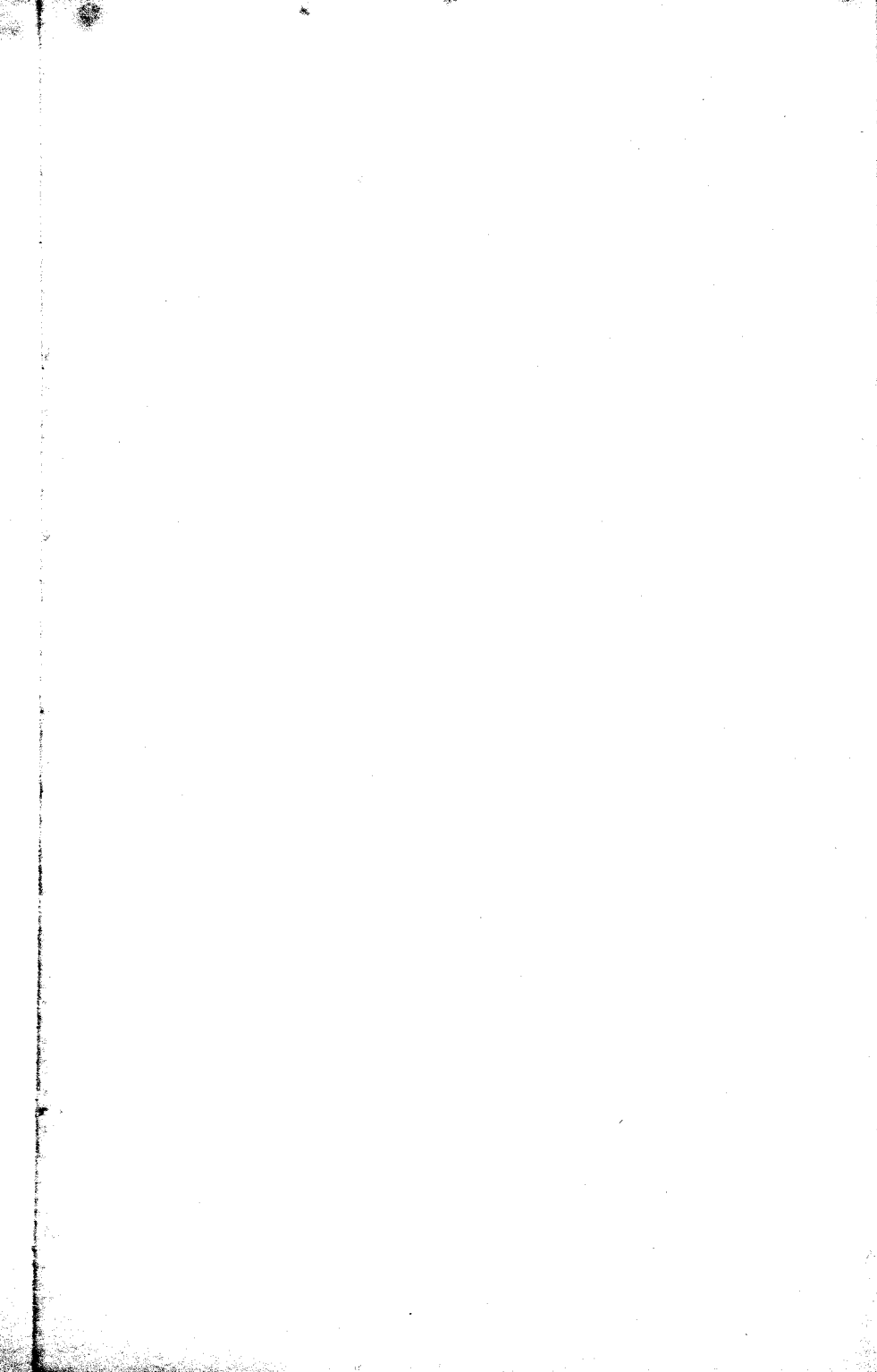
Der Aufschub der Ausführung bis zum Jahre 1866 würde ja nur dazu beitragen können, den Unternehmungsgeist im Volke, welcher ohnehin schon seit Jahren durch die andauernde Handelsstockung gelähmt ist, zu erdrücken und uns mindestens die rechte Zeit zum Erscheinen auf dem Kampfplatze der freien Concurrenz mit den westlichen Nachbarn versäumen zu lassen.

Würde es uns und besseren Kräften nicht gelingen, die Bayerischen und Württembergischen Staatsmänner zu überzeugen, daß ihre Angehörigen dabei nur verlieren können, wenn sie beharren, das fremde Oesterreichische Interesse als das ihrige, als das vornehmere und wichtigere zu vertheidigen, so wäre der Weg der Verständigung, unserer Anschauung nach, allerdings erschöpft und die Erhaltung des Zollvereins nur noch davon zu erwarten, daß Preußen unabänderlich bei dem ihm in den Noten vom 8. und 11. August durch Bayern und Württemberg vorgezeichneten Wege der Verhandlung mittelst des Austausches kategorischer Willenserklärungen beharrte.

Wir zweifeln nicht, daß auch die lakonische Sprache der Ja und Nein zur Vermittelung in diesem schweren Conflict ausreiche und würden mit Beruhigung über das Schicksal des Zollvereins

vernehmen, daß Preußen die Verträge vom 4. April 1853 baldigst gekündigt und diejenigen Vereins-Staaten, welche den Vertrag vom 2. August nicht ablehnten, eingeladen habe, mit ihm an das Werk der Erneuerung des Vereins auf Grundlage eines vorgelegten Programmes zu gehen.

Geschrieben im October 1862.



Bevölkerung

des

Zollvereins nach der Zählung

vom

December 1858

und

deren Vertheilung

auf

die 14 Verwaltungsbezirke und die 30 theilnehmenden Staaten.

	1.	2.	3.		4.	5.
			In den Generalconferenzen			
			ohne	mit		
			Stimmrecht	Stimmrecht		Preußen
1.	Preußen	—	—	17738127		17628191
2.	Luxemburg	—	192196	—		—
3.	Bayern	—	—	4615748		—
4.	Sachsen	—	—	2122148		—
5.	Hannover	—	—	1834669		—
6.	Württemberg	—	—	1690898		—
7.	Baden	—	—	1334052 *)		—
8.	Kurheffen	—	—	726739		—
9.	Großh. Hessen	—	—	850882 **)		—
10.	Sachsen-Weimar	267112	—	—		9012
11.	„ =Meiningen	168581	—	—		—
12.	„ =Altenburg	134659	—	—		—
13.	„ =Koburg	43163	—	979556		—
14.	„ =Gotha	110716	—	—		2859
15.	Schw.-Sondershausen	62974	—	—		36069
16.	„ =Rudolstadt	70030	—	—		15501
17.	Reuß ältere Linie	40515	—	—		—
18.	„ jüngere „	81806	—	—		—
19.	Braunschweig	—	—	273394		26455
20.	Oldenburg	—	—	270691		35486
21.	Rassau	—	—	435777		—
22.	Frankfurt	—	—	80611 ***)		—
23.	Anhalt-Bernburg	—	56031	—		56031
24.	Lippe	—	106086	—		106086
25.	Mecklenb.-Schwerin	—	890	—		890
26.	Anh.-Deßau-Köthen	—	119515	—		119515
27.	Hessen-Homburg	—	25746	—		13629
28.	Waldeck-Pyrmont	—	57550	—		57550
29.	Schaumburg-Lippe	—	30144	—		—
30.	Bremen	—	1017	—		—
		Summa . .	589175	32953292		18107274
				589175		
		Summa Summarum . .	33542467			

*) Einschließlich 5101 österreichische Truppen. — **) Einschließlich 5311 öster-

6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.
B e r w a l t u n g s b e z i r k e												
Luremburg	Bayern	Sachsen	Hannover	Württemberg	Baden	Kurheffen	Großh. Hessen	Thüringen	Braunschweig	Oldenburg	Raffau	Frankfurt
—	—	—	—	—	—	—	—	106246	2882	858	—	—
192196	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	4615253	—	—	—	—	—	—	495	—	—	—	—
—	—	2122148	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	1834669	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	1690898	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	1334052 *)	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	699798	—	26941	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	850882 **)	—	—	—	—	—
—	3611	—	—	—	—	—	—	254489	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	168581	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	134659	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	43163	—	—	—	—
—	2415	—	—	—	—	—	—	105442	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	26905	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	54529	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	40515	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	81806	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	246939	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	235205	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	435777	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80611 ***)
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	12117	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	30144	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	291	—	—	—	—	—	—	726	—	—
192196	4621279	2122148	1865004	1690898	1334052	699798	862999	1043771	249771	236789	435777	80611

reichische Truppen. — ***) Einschließlich 1333 österreichische Truppen.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

Commentar
zum
allgemeinen deutschen
Handelsgesetzbuch.

Von

Dr. Friedrich von Hahn,

Oberappellationsgerichtsrath und ordentlicher Professor in Jena.

Erster Band.

Erste Abtheilung:

Das erste Buch des Handelsgesetzbuchs.

gr. 8. Fein Velinpap. geh. Preis 24 Sgr.

Der vorstehende Commentar, dessen Verfasser als Mitglied der „Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs“ an den Berathungen des Handelsgesetzbuchs Theil genommen hat, beschränkt sich nicht darauf, den einzelnen Artikeln Stellen aus den Conferenzprotocollen beizufügen, sondern enthält eine allseitige Erläuterung des Gesetzbuchs. Er entwickelt die in demselben enthaltenen Rechtssätze, verfolgt sie in ihren Consequenzen und fasst sie in ihrer Anwendung auf die einzelnen Rechtsverhältnisse ins Auge.

Die zweite Abtheilung des ersten Bandes, welche das zweite und dritte Buch umfasst, wird in einigen Monaten erscheinen.